
FDP Rheingau-Taunus

FDP WILL OESTRICH-WINKEL ZUR HUNDESTADT MACHEN.

21.12.2021

Im Zuge der Haushaltsberatungen hat die FDP-Fraktion in der Oestrich-Winkeler Stadtverordnetenversammlung ihren Antrag „Hundestadt Oestrich-Winkel“ eingebracht. Konkret fordert die Fraktion die Einstellung von Geldern für sogenannte Dog-Stations mit abbaubaren Tüten und eine Reform der Hundesteuer nach dem Vorbild der Stadt Wiesbaden. „In allen vier Ortsbeiräten besteht die Wunsch nach mehr Dog-Stations im Stadtgebiet. Die dafür notwendigen Gelder wollen wir in den Haushalt 2022 einbringen. Ziel der Hundesteuer-Reform ist es, verantwortungsvolle Hundehalter weniger finanziell zu belasten und das Zusammenleben von Mensch und Hund in unserer Stadt zu verbessern.“, so der Fraktionsvorsitzende Marius Schäfer.

In Wiesbaden wurde im Jahre 2016 die Hundesteuer auf 180 Euro pro Jahr erhöht und im Gegenzug Hunde mit bestandener Begleithundeprüfung von der Steuer gänzlich befreit. Bei der Begleithundeprüfung werden Hunde auf ihre Alltagstauglichkeit geprüft. Die Kosten Prüfung beginnen bei knapp 20 Euro. Abgelegt werden kann die Prüfung bei den Hundevereinen.

„Die Corona-Pandemie mit ihren Einschränkungen hat viele Bürgerinnen und Bürger in Oestrich-Winkel dazu gebracht, sich einen Hund zuzulegen. Diese Tendenz lässt sich nicht nur bei den Einnahmen der Stadt durch die Hundesteuer erkennen, sondern wird auch beim Ausflug in die Weinberge spürbar. Wir Freie Demokraten begrüßen diese Entwicklung: Ein Hund hält fit, steigert die Agilität, ist gut für die Psyche und steigert den Zusammenhalt einer Familie.“, führt Schäfer aus. „Zur Wahrheit gehört leider allerdings auch, dass das Mehr an Vierbeinern in Oestrich-Winkel nicht nur positive Seiten hat. Verschmutzungen durch Kot nehmen zu, die Lärmbelastung steigt und viele Bürgerinnen und Bürger haben Angst/Respekt vor Hunden. Um diese Aspekte miteinander zu einen,

wollen wir Oestrich-Winkel zu einer wahren Hundestadt zu machen.“, so der Fraktionsvorsitzende weiter.

„Ob sich die Wiesbadener Umsetzung eins zu eins auf unsere Stadt anwenden lässt, ist zu prüfen. Gebot der Stunde ist es für uns jedenfalls, die Bürgerinnen und Bürger, die schon heute durch einen guten Umgang mit ihrem Hund Verantwortung für die Mitmenschen und unsere Stadt übernehmen, zu entlasten“, so Schäfer abschließend.

Am 31. Januar 2022 soll über den Vorschlag der FDP abgestimmt werden.